

9676i/34

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

GZ. 517.84./4-II.4/95

Wien, am 17 März 1995

Schriftliche parlamentarische Anfrage  
Nr. 481/J der Abgeordneten Pollet-Kammerlander,  
Freundinnen und Freunde betreffend der österreichisch  
iranischen Beziehungen vom 3. Februar 1995

XIX. GP-NR  
496 /AB  
1995-03-31

Beilage

An den

zu

481 /J

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde haben am 3. Februar 1995 unter der Nr. 481/J eine parlamentarische Anfrage an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten betreffend österreichisch-iranische Beziehungen eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:

1. Wie bewerten Sie die österreichisch-iranischen Beziehungen des Jahres 1994 auf diplomatischer Ebene?
2. Wie oft haben Sie bereits Vertreter der islamischen Republik Iran getroffen und welchen Inhaltes waren ihre Gespräche?
3. Wie entwickeln sich die Handelsbeziehungen mit dem Iran?

- 2 -

4. Hat der wiederholt nachgewiesene Embargobbruch durch den Iran in bezug auf den Irak, Auswirkungen auf die österreichisch-iranischen Beziehungen gehabt?
5. Hat das Verbot all jener Parteien, die nicht auf der Grundlage der islamischen Verfassung stehen, Auswirkungen gehabt auf die Beziehungen zum Iran?
6. Hat die Menschenrechtspolitik und die bereits jahrelang anhaltende Vertreibung von Kurden aus Kurdistan-Iran sowie die staatsterroristischen Anschläge auf in die Schutzzone geflohene iranische Kurden, Einfluß auf die österreichisch-iranischen Beziehungen?
7. Hat Österreich gegen die Vertreibungspolitik des Iran gegen Kurden in den Grenzregionen jemals Stellung bezogen?
8. Hat Österreich gegen die iranischen Luftangriffe im Irak am 9. November 1994, die eine Verletzung des Völkerrechtes darstellten, protestiert?
9. Hat das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten auf die willkürliche Festnahme des iranischen Schriftstellers Saidi Sirjani im November 1994 reagiert?
10. Wie hat Österreich auf die drei Wochen später erfolgende Todesnachricht - offizielle iranische Version "im Gefängnis verstorben" - reagiert?
11. Hat das Außenministerium auf das Attentat auf Ghafour Hamzai, dem Mitglied des Zentralkomitees der DPKI, in Bagdad am 4. August 1994 durch iranische Agenten, das auch in der Weltöffentlichkeit bekannt wurde, reagiert?
12. Welche Aktivitäten haben Sie Herr Außenminister bisher gesetzt, um die Menschenrechtspolitik des Iran bilateral oder international zu thematisieren? Hat die Bundesregierung bisher Schritte des Protestes gesetzt?

- 3 -

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1. Die österreichische Außenpolitik hat es sich stets zum Prinzip gemacht, den Dialog mit allen Seiten zu suchen. In diesem Sinn unterstützt Österreich auch den von EU-Seite mit dem Iran geführten "kritischen Dialog", der auch Probleme und unterschiedliche Auffassungen konkret zur Sprache bringt.

Der Iran ist offensichtlich an guten Beziehungen zu europäischen Staaten, darunter auch zu Österreich, interessiert. Das gibt Österreich u.a. auch die Möglichkeit, der iranischen Seite die österreichische Haltung zu Fragen internationalen Interesses mit Nachdruck darzulegen.

Im Jahre 1994 kam es zu diversen Begegnungen zwischen österreichischen und iranischen Vertretern, in deren Rahmen Menschenrechtsfragen, Wirtschaftsfragen sowie der Nahost-Friedensprozeß zur Diskussion gestellt wurden. Dabei sind der Österreichbesuch von Vizeaußenminister für Erziehung und Wissenschaft Maleki am 24. und 25. Februar (Termine bei Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten und der Universität Wien), der Österreichbesuch des iranischen Transportministers Torkan am 11. und 12. September (Gespräche mit Bundesminister Klima) und der Iranbesuch des Generalsekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Schallenberg, 22.-25. Oktober (Gespräche mit Vizeaußenminister Vaezi, Verkehrsminister Torkan, Außenminister Velayati, Industrieminister Nematsadeh, u.a.) zu erwähnen.

Zu 2. Im Sinne einer auch eigenständigen und kontinuierlichen österr.-iran. Dialogführung habe ich den iranischen Außenminister Velayati in den letzten Jahren einige Male getroffen, und zwar anlässlich seiner Österreichbesuche am 11. Jänner 1993 und am 11. April 1994 sowie zuletzt am 9. März 1995, anlässlich meines Iranbesuches 1992 und der UN-Generalversammlungen im September 1993 (48. UN-GV) und im September 1994 (49. UN-GV). In diesen Gesprächen wurden sowohl Fragen der bilateralen Beziehungen, hauptsächlich auf dem Wirtschaftssektor, aber auch auf dem Konsularsektor, Fragen der Menschenrechte, Salman Rushdie, Fragen allgemeiner Politik, wie Bosnien, der Region des persischen Golfes sowie der Nahost-Friedensprozeß angesprochen.

- 4 -

Der Generalsekretär des österr. Außenministeriums, Bot. Schallenberg, besuchte den Iran in meinem Auftrag im Oktober 1994, um sich ein Bild von der Lage zu machen und eine Reihe von Anliegen direkt vorbringen zu können. In diesem Rahmen wurde dem Kapitel Menschenrechte besonders breiter Raum gewidmet und insbesondere auf die Lage der religiösen Minderheiten und der Frauen sowie die Fatwa gegen Salman Rushdie eingegangen. Im Sinne einer Fortsetzung dieses Dialoges habe ich den iran. AM am 9. März d.J. zu einem kurzen Arbeitsgespräch empfangen.

Im Sinne der Leistung eines Beitrages zu einer besseren Verständigung zwischen den Religionen habe ich zwei Dialogtreffen 1993 und 1994 initiiert, die unter dem Ehrenschutz des Herrn Bundespräsidenten in Wien abgehalten wurden. Von 30. März bis 2. April 1993 fand eine Internationale Christlich-Islamische Konferenz, von 29. November bis 2. Dezember 1994 eine Fortsetzungskonferenz unter dem Titel "Europa der Religionen" in Form eines Christlich-Islamisch-Jüdischen Dialoges statt. An dem ersten Treffen nahmen auch einige iranische Persönlichkeiten teil. Zum zweiten Treffen waren wiederum Vertreter aus dem Iran eingeladen, folgten der Einladung jedoch nicht. Der Umstand, daß solche Begegnungen trotz fundamentaler Gegensätze - nicht nur im Bereich der Menschenrechte - möglich waren, widerspiegelt eine Gesprächsbereitschaft, welche die Fortsetzung des Dialoges gestattet.

- Zu 3. Im Lichte der feststellbaren iranischen Schwierigkeiten im Wirtschaftsbereich ist es zu einem neuerlichen Rückgang der Handelsbeziehungen gekommen, zirka 20 % 1993 und nochmals 25 % 1994 bei Exporten, 30 % 1993 bei Importen und eine leichte Steigerung 1994. Teile der iranischen Verbindlichkeiten gegenüber Österreich wurden umgeschuldet, wobei der Zinsendienst bisher anstandslos bedient wird. Im Rahmen seines neuen 5-Jahresplanes ist der Iran weiterhin an einem Engagement österreichischer Firmen interessiert. Diese Fragen werden im Detail innerhalb der Gemischten Österreich-Iranischen-Kommission besprochen.

- 5 -

- Zu 4. Nein, es handelt sich um einen "kleinen Grenzverkehr" zwischen Nachbarregionen der beiden Staaten, die durch Familienbeziehungen sowie traditionelle Handelsströme eng miteinander verbunden sind, sodaß einer effektiven Kontrolle entsprechende Hindernisse entgegenstehen. Durch diese Warenströme beschränkten Ausmaßes dürften die Zielsetzungen des Embargos nicht betroffen werden.
- Zu 5. Dieses Verbot führte neben anderen Anliegen im Menschenrechtsbereich zur Miteinbringung der MRK-Resolution durch Österreich, die entsprechend auf diese sowie andere Probleme in klarer Weise Stellung bezieht. In allen Kontakten wurden die Werte des Pluralismus und der Demokratie unterstrichen.
- Zu 6. Wie bereits dargelegt, hat die Menschenrechtspolitik des Iran insofern sehr wohl Einfluß auf die österreichisch-iranischen Beziehungen, als diese Fragen bei den diversen Kontakten mit iranischen Gesprächspartnern mit Nachdruck releviert werden. Die Fragen von iranischen Aktionen gegen Kurden werden im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und im Rahmen der VN, insbesondere der Menschenrechtskommission, erörtert, wobei Österreich jeweils entsprechend Stellung nimmt. In diesem Zusammenhang möchte ich sehr deutlich auf die technische Unmöglichkeit, sich mit allen konkreten MR-Fällen der Welt auseinanderzusetzen, hinweisen. Aus diesem Grund hat Österreich immer wieder die Notwendigkeit betont, MR-Verletzungen in den internationalen Foren und Institutionen aufzugreifen und entsprechende Mechanismen einzusetzen (OSZE-Bereich, Berichterstatter der MRK und vertrauliches Verfahren) oder neue zu entwickeln.
- Zu 7. Österreich hat sich zu dieser Problematik im Rahmen der Menschenrechtskommission und seit EU-Beitritt im Rahmen des kritischen Dialoges dazu wiederholt geäußert bzw. alle entsprechenden Demarchen - vor und seit dem EU-Beitritt - aktiv unterstützt.

Zu 8. Österreich hat nicht offiziell gegen die Luftangriffe protestiert. Nach iranischen Angaben handelte es sich um eine Vergeltungsmaßnahme gegen von irakischem Territorium ausgehende Destabilisierungsakte und Sabotageaktionen. Allerdings wurde in solchen Fragen stets auch die andere Seite dieses Konfliktes gehört, und so wurde eine Delegation der Volks-Mujaheddin von einem leitenden Beamten des Außenministeriums empfangen und die Bewertung der Ereignisse aus der Sicht der Opposition entsprechend dargelegt.

Zu 9. Verschiedenen Quellen zufolge ist der iranische Schriftsteller Ali Akbar SAIDI-SIRJANI offenbar am oder um den 14. März 1994 plötzlich verschwunden. Er soll danach mit seiner Gattin kurzen telephonischen Kontakt aufgenommen haben, habe jedoch seinen Aufenthalt oder die Gründe für seine Anhaltung hiebei nicht bekannt gegeben.

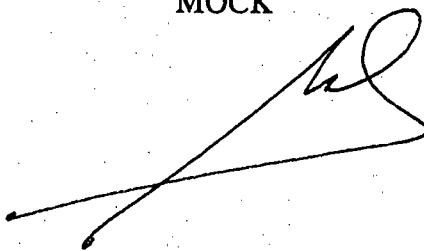
Auf Grund individueller Anfragen im BMaA aus Besorgnis über seinen Verbleib wurde Anfang Juni d.J. die ÖB Teheran beauftragt, zu seinen Gunsten bei den iranischen Behörden zu intervenieren. Gleichzeitig hat auch die Europäische Union diesen Haftfall zusammen mit einer Reihe von anderen Menschenrechtsfällen aufgegriffen, wobei die EU-Troika am 19. Juli 1994 für alle diese Fälle eine offizielle Intervention im iranischen Außenministerium vornahm. Da Österreich bereits damals am kritischen Dialog der EU mit dem Iran praktisch als gleichberechtigter Partner teilnahm, wurde diese Intervention auch im Namen Österreichs vorgenommen.

Zu 10. Gerüchte, daß Ali Akbar SAIDI-SIRJANI nicht mehr am Leben sei, sind schon im Sommer 1994 im Umlauf gewesen. Der Wahrheitsgehalt dieser Gerüchte war nicht zu überprüfen. Ende November 1994 erschienen iranische Pressemeldungen, denen zufolge SAIDI-SIRJANI kürzlich an Herzversagen gestorben sei. Das genaue Todesdatum sowie die näheren Umstände seines Ablebens hat die ÖB Teheran nicht in Erfahrung bringen können. Das BMaA hat daher, gestützt bloß auf diese iranischen Zeitungsmeldungen, keine Möglichkeit zu einer neuerlichen Intervention gesehen.

- 7 -

- Zu 11. Da dem Außenministerium keine über den EU-Wissensstand hinausgehenden Informationen vorlagen, hat Österreich sich der EU-Demarche angeschlossen.
- Zu 12. Ich habe wiederholt in meinen zahlreichen Kontakten zu politischen Vertretern der Islamischen Republik Iran auf die Nichterfüllung grundlegender menschenrechtlicher Standards im Iran hingewiesen und auf Verbesserungen gedrängt. Ferner hat Österreich in multilateralen Gremien immer wieder diese Menschenrechtsdefizite aufgezeigt und diese kritische Haltung auch in einem konsequenten Stimmverhalten zum Ausdruck gebracht. Als Beispiel nenne ich an dieser Stelle die jüngste Resolution der UN-Menschenrechtskommission über die Lage der Menschenrechte im Iran, die am 8. März 1994 mit deutlicher Mehrheit und mit der Stimme Österreichs angenommen wurde, deren Text ich anschließe.

Der Bundesminister  
für auswärtige Angelegenheiten:  
MOCK



1995/68 TELERUSTRIA GEF 741 20 7344019

EMPH EPH111100015 1

E/CN.4/1995/L.11/Add.5  
page 3

1995/68. Situation of human rights in the Islamic Republic of Iran  
The Commission on Human Rights,

Guided by the Charter of the United Nations, the Universal Declaration of Human Rights and the International Covenants on Human Rights,

Recalling the Vienna Declaration and Programme of Action (A/CONF.157/23), as endorsed by the General Assembly in its resolution 48/121 of 20 December 1993, and in particular part I, paragraph 1 which reaffirms, inter alia, that human rights and fundamental freedoms are the birthright of all human beings and that their protection and promotion is the first responsibility of Governments,

Reaffirming that all Member States have a duty to fulfil the obligations they have undertaken under the various international instruments in this field,

Mindful that the Islamic Republic of Iran is a party to the International Covenants on Human Rights,

Recalling in particular its resolution 1984/54 of 14 March 1984, in which the Commission requested its Chairman to appoint a special representative to make a thorough study of the human rights situation in the Islamic Republic of Iran, based on such information as the Special Representative might deem relevant, including comments and material provided by the Government of the Islamic Republic of Iran,

Recalling also its relevant resolutions expressing concern at the violations of human rights by the Government of the Islamic Republic of Iran, including its resolution 1994/73 of 9 March 1994, as well as those of the General Assembly, including the most recent resolution, 49/202 of 23 December 1994, and of the Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities, including the most recent resolution, 1994/16 of 25 August 1994,

Noting that the Government of the Islamic Republic of Iran has responded to the Special Representative's request for information concerning allegations of human rights violations in that country but has not allowed him to pay a fourth visit to the country so that he might obtain direct and first-hand information on the current human rights situation,



E/CN.4/1995/L.11/Add.5

page 4

Regretting that the Government of the Islamic Republic of Iran has not permitted the Special Rapporteur to visit the country and that, despite the formal cooperation extended to the Special Representative by the Government of the Islamic Republic of Iran, such cooperation needs to be improved,

Reaffirming that Governments are accountable for assassinations and attacks by their agents against persons on the territory of another State, as well as for the incitement, approval or wilful condoning of such acts,

Noting the concluding observations of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination, the Human Rights Committee and the Committee on Economic, Social and Cultural Rights on the human rights situation in the Islamic Republic of Iran,

1. Takes note with appreciation of the report of the Special Representative of the Commission and the observations contained therein (E/CN.4/1995/55);
2. Expresses its deep concern at continued violations of human rights in the Islamic Republic of Iran, including those highlighted by the Special Representative in his report, namely the continued high number of executions, cases of torture and cruel, inhuman or degrading treatment or punishment, the failure to meet international standards with regard to the administration of justice, the absence of guarantees of due process of law, the discriminatory treatment of minorities by reason of their religious beliefs, notably the Baha'is, whose existence as a viable religious community in the Islamic Republic of Iran is threatened, lack of adequate protection for the Christian minorities, some of which have been the target of intimidation and assassinations, restrictions on the freedoms of expression, including the use of excessive force in suppressing demonstrations, thought, opinion and the press, and continued widespread discrimination against women;
3. Expresses its grave concern at the continued widespread use of the death penalty in the Islamic Republic of Iran, especially where its use is in violation of the relevant provisions of the International Covenant on Civil and Political Rights;
4. Also expresses its grave concern that there are continuing threats to the life of Mr. Salman Rushdie, as well as to individuals associated with his work, which have the support of the Government of the Islamic Republic of Iran;

E/CN.4/1995/L.11/Add.5  
page 5

5. Urges the Government of the Islamic Republic of Iran to refrain from activities such as those mentioned in the report of the Special Representative against members of the Iranian opposition living abroad and to cooperate fully with the authorities of other countries investigating and punishing offences reported by them;

6. Also urges the Government of the Islamic Republic of Iran, as a State party to the International Covenants on Human Rights, to abide by its freely undertaken obligations under the Covenants and under other international instruments on human rights, and to ensure that all individuals within its territory and subject to its jurisdiction, including religious groups, enjoy the rights recognized in these instruments;

7. Further urges the Government of the Islamic Republic of Iran to intensify its efforts to investigate and rectify the human rights issues raised by the Special Representative in his observations, in particular with regard to the administration of justice and due process of law, and, in fulfilment of its obligations under article 27 of the International Covenant on Civil and Political Rights, to take steps to ensure the recognition and enjoyment of human rights of persons belonging to minorities;

8. Urges the Government of the Islamic Republic of Iran to carry out thorough, careful and impartial investigations into the assassination cases of the three Christian ministers mentioned in the report of the Special Representative;

9. Calls upon the Government of the Islamic Republic of Iran to implement existing agreements with international humanitarian organizations;

10. Also calls upon the Government of the Islamic Republic of Iran to cooperate fully with the Special Representative, including by allowing him to make another visit to the country;

11. Decides to extend the mandate of the Special Representative, as contained in Commission resolution 1984/54 of 14 March 1984, for a further year;

12. Requests the Special Representative to submit an interim report to the General Assembly at its fiftieth session on the situation of human rights in the Islamic Republic of Iran, including the situation of minority groups such as the Baha'is, and to report to the Commission at its fifty-second session;

E/CN.4/1995/L.11/Add.5  
page 6

13. Requests the Secretary-General to give all necessary assistance to the Special Representative;

14. Decides to continue its consideration of the situation of human rights and fundamental freedoms in the Islamic Republic of Iran, as a matter of priority, at its fifty-second session.

60th meeting  
8 March 1995

[Adopted by a roll-call vote of 28 votes to 8,  
with 17 abstentions. See chap. XII.]

1995/69. Situation of human rights in Zaire

The Commission on Human Rights,

Guided by the Charter of the United Nations, the Universal Declaration of Human Rights and the International Covenants on Human Rights,

Recalling that, under Articles 55 and 56 of the Charter of the United Nations, all Member States of the Organization have an obligation to promote and protect human rights and fundamental freedoms and to cooperate for that purpose.

Bearing in mind its resolution 1994/87 of 9 March 1994,

Recalling that, from 1985 to 1989 and from 1991 to 1993, it examined the situation of human rights in Zaire under the confidential procedure governed by Economic and Social Council resolution 1503 (XLVIII) of 27 May 1970,

Emphasizing that Zaire is a party to the International Covenant on Civil and Political Rights, the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights and the African Charter on Human and Peoples' Rights, as well as to the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination,

Reaffirming in this connection the indivisibility of all human rights,

Having examined the report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Zaire (E/CN.4/1995/67) and the report of the Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances (E/CN.4/1995/36),

Recognizing that some progress has been achieved by the Government of Zaire with respect to human rights,

Concerned, however, at the persistent seriousness of the situation of human rights in Zaire, in particular at arbitrary arrests and detentions, summary executions, torture and inhuman treatment in detention centres, notably those which are administered by the army and security services,